

Thalwiler Klima-Initiative – Argumentarium

Übersicht der Argumente

Pro Argumente	Contra Argumente
- Rahmenbedingungen für Klimaschutz	- Zu hohe Kosten für die Gemeinde
- Koordinationsinstrument	- Unvorhersehbare Kosten für die Gemeinde
- Verantwortung auf allen Ebenen	- Papiertiger
- Chancen durch frühe Vorbereitung	- Unnötige Strafaufgaben für Verwaltung
- Planungs- und Budgetsicherheit	- Falsche politische Ebene
- Gesamtkosteneinsparung	- Keine konkrete Einsparung
- Symbolisches Zeichen	- Politisch unrealistisch
	- Technisch unrealistisch
	- Falscher Ort für Einsparungen
	- Unnötige Vergrösserung der Verwaltung
	- Zu strenges Zwischenziel
	- Kein Zusatznutzen zu Kanton und Bund

Wichtigste Pro-Argumente

Die Initiative...

- **...setzt politische Rahmenbedingung für effektiven Klimaschutz in Thalwil:**
Eine Welt mit netto Null Emissionen bedingt einen radikalen Umbau vieler Prozesse, die wir kennen. Es kann nicht nur stetig das Bestehende optimiert werden, es braucht mutige Entscheide und Projekte in der Thalwiler Wärmeversorgung, der Mobilität, der Stromerzeugung und im Bereich von Negativemissionen. Durch die Initiative werden die **richtigen politischen Rahmenbedingungen für effektiven Klimaschutz in der Gemeinde Thalwil** gesetzt, indem die Verbindlichkeit, Legitimation und finanziellen Mittel für politische Massnahmen erhöht werden. Erfolgreiche Vorstösse aller Seiten werden damit wahrscheinlicher und häufiger.
- **...dient als Koordinationsinstrument:**
Die Bekämpfung des Klimawandels und die Energiewende sind langfristige Herausforderungen, die grosse Vorinvestitionen verlangen. Die Auswirkungen sind (noch) unsichtbar und so können im politischen Alltag Aktivitäten und Ausgaben in diese Richtung einfach auf die lange Bank geschoben werden. Die Inhalte der Initiative dienen dafür als wichtiges **Koordinationsinstrument** – sie helfen der Gemeindeverwaltung, Verbindlichkeiten zu frühzeitig schaffen und einzuhalten, Prioritäten zu setzen und koordinieren die Zielvorstellungen aller beteiligten Akteure.
- **...nutzt einen wichtigen Einflussbereich im Klimaschutz:**
Thalwil kann den Klimawandel nicht alleine bekämpfen, aber viele Handlungsbereiche (insbesondere Wärmeversorgung und Mobilität) stehen **unter direkter Kompetenz und im Einflussbereich der Gemeinde**. Rahmenbedingungen wie ein erhöhter und ausgeweiteter CO₂-Preis müssen weiterhin auf Bundesebene vorangetrieben werden. Die Wissenschaft zeigt jedoch, dass die Internalisierung der Kosten von Treibhausgasen nicht reicht und weitere politische Massnahmen nötig sind¹. Viele dieser zusätzlichen Massnahmen müssen auf dieser tiefen Ebene ausgestaltet

¹ Stiglitz, J., Stern, N. et al. (2017). [Report of the High-Level Commission on Carbon Prices](#). World Bank: Washington DC.

werden, den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen angepasst. Es ist darum nötig, aber auch im Interesse der Gemeinde, bei der Bekämpfung der Klimawandels Verantwortung zu übernehmen.

- **...bietet grosse Chancen durch eine frühzeitige Planung:**

Die Wissenschaft ist sich einig: Die Bekämpfung des Klimawandel wird uns vor tiefgreifende Veränderungen stellen und wird viel kosten. Der Aufwand und die Ausgaben werden mit höchster Wahrscheinlichkeit irgendwann fällig. **Wer sich heute schon Gedanken macht, kann also nur gewinnen.** Eine proaktive Gemeinde ist besser vorbereitet auf die anstehenden Projekte, kann eher selber bestimmen, was sie wann anpackt und kann sich auch finanziell viel besser für bevorstehende Investitionen wappnen.

- **...steigert die Planungs- und Budgetsicherheit:**

Neben den allgemeinen Vorteilen einer frühzeitigen Planung haben der verbindliche Massnahmen- und Finanzplanplan auch ganz konkrete Vorteile. Durch die Verankerung der beiden Instrumente in der Gemeindeordnung erhält der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung **mehr Planungs- und Budgetsicherheit.** Der Massnahmenplan hilft, die Übersicht über vergangene, heutige und zukünftige Handlungen zu behalten. Der Finanzplan trägt zusätzlich dazu bei, auch bei den Investitionen den langfristigen Überblick zu behalten. Das vereinfacht die Priorisierung, Budgetierung und Buchhaltung der Ausgaben in der Klima- und Energiepolitik.

- **...hilft, Gesamtkosten zu sparen:**

Je kürzer die Zeit um eine gewisse Einsparung an CO₂-Emissionen zu erreichen, desto steiler ist der gewählte Absenkpfad. Steilere Absenkpfade sind generell teurer, da sie radikalere Lösungen benötigen und mehr bestehender Wert frühzeitig vernichtet werden muss, um die Klimaziele zu erreichen. Jede neuerliche Investition in ein ineffizientes Gerät, eine Ölheizung oder einen Verbrennungsmotor ist ein weiterer «Klotz am Bein», eine weitere Wertanlage, die potentiell zu früh abgeschrieben werden muss. Frühzeitige Massnahmen führen demnach nicht nur zu **ausgeglichenen Ausgaben**, sondern auch zu **geringeren Gesamtkosten.**

- **...setzt ein Zeichen:**

Die Annahme der Initiative würde ein starkes Zeichen setzen. Einerseits gegenüber den eigenen Einwohner*innen, indem es der Gemeinde hilft, ihre **Vorbildfunktion** wahrzunehmen und damit auch andere Akteure zu motivieren. Andererseits gegen aussen, indem es der Gemeinde hilft, eine starke Position im Thema Nachhaltigkeit zu beziehen und damit die **Attraktivität** von Thalwil zu steigern.

Erwiderungen zu wichtigsten Contra-Argumenten

Die Initiative...

- **...ist zu teuer:**

Nein. Es ist zwar unbestritten – Klimaneutralität zu erreichen, kostet viel Geld. Doch das ist weder neu, noch durch diese Initiative bedingt. Im Gegenteil: Durch eine frühzeitige, vorausschauende und koordinierte Planung der Massnahmen und der damit verbundenen Ausgaben können teure radikale Hauruckübungen und Vernichtung bestehender Werte vermieden werden. Das spart insgesamt Kosten ein, die auch ausgeglichener über die Zeit verteilt werden können. Denn erhebliche Kosten zukünftiger Klimaschutzmassnahmen sind wohl auch auf Gemeindeebene

unumgänglich, um die übergeordneten Ziele von Bund und Kanton zu erreichen – unabhängig von der Initiative. Der Bund sagt, wo es lang geht, aber umsetzen müssen es die Gemeinden – mit logischen Kostenfolgen. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, wie sie wegen der momentanen Corona-Pandemie auch in Thalwil zu erwarten sind, bietet die Initiative darum einen weiteren Vorteil: Sie zwingt die Gemeinde frühzeitig zu planen, wie unvermeidbare Belastungen für den Gemeindehaushalt finanziert werden wollen. Dies ermöglicht auch bei der Finanzierung eine nachhaltige, kontinuierliche, fair verteilte und überlegte Planung.

- **...verursacht unvorhersehbare Kosten:**

Da diese Initiative keine konkreten Massnahmen vorschreibt, können ihre direkten Kosten nicht exakt beziffert werden – das stimmt. Sowieso kann heute nur geschätzt werden, wieviel uns die Bekämpfung der Klimawandels am Ende kosten wird. Diese Initiative regt jedoch durch ambitionierte Ziele an, eben diese Kosten in Thalwil rasch zu eruieren – damit dann vorausschauend geplant werden kann. Dies entspricht dem Nachhaltigkeits- und Vorsorgeprinzip. Denn nicht zuletzt zeigt die Wissenschaft: Wenn irgendwelche Kosten so richtig unvorhersehbar sind, dann die unberechenbaren Folgen des Klimawandels.

- **...ist nur heisse Luft und ein Papiertiger:**

Nein. Die Klimaziele in der Gemeindeordnung wären verbindlich. Die Gemeinde müsste ihre Projekte und Aktivitäten nach Gesetz so planen, dass die Klimaziele erreicht werden. Der geforderte Massnahmenplan und der geforderte Finanzplan für die damit verbundenen Ausgaben müssten entsprechend formuliert werden. Wenn Zwischenziele nicht erreicht werden, müssten die Massnahmen zwingend verschärft werden. Die Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele müsste so geplant und budgetiert werden wie jede andere Aufgabe der Gemeinde. Die Initiative legt damit eine wichtige Basis für eine griffige kommunale Klimapolitik.

- **...verursacht der Gemeindeverwaltung unnötige Strafaufgaben:**

Nein. Tatsächlich läge mit Annahme der Initiative die Hauptverantwortung für die Erreichung der formulierten Klimaziele zwar bei der Gemeindeverwaltung. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass Private, Unternehmen oder andere Akteure aus dem Spiel genommen werden. Die Gemeinde ist zwar frei, wie sie die Ziele erreichen möchte, aber tut natürlich gut daran, durch entsprechende politische Massnahmen einen Teil der Verantwortung an die jeweils betroffenen Einwohner*innen oder Unternehmen zu übertragen und sie in die Pflicht zu nehmen. Zusätzlich bietet die Initiative der Gemeinde auch zusätzlichen Anreiz, Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung zu fördern und zu prüfen. Klimaschutz betrifft uns alle – doch die Vergangenheit hat klar gezeigt, dass Eigenverantwortung in diesem Bereich nicht ausreicht. Die Initiative klärt in dem Sinn bisher unklare Kompetenzen und übergibt der Gemeinde bloss die Zügel, um die kommunalen Klimaschutzbestrebungen zu leiten und zu koordinieren.

- **...ist unnötig, da Klimaziele national, nicht kommunal, angegangen werden müssen:**

Nein. Der Klimawandel ist zwar ein globales Problem und viele Bestrebungen zur Bekämpfung müssen darum auf nationaler oder gar internationaler Ebene angegangen werden. Es braucht jedoch Beiträge auf allen Verwaltungsebenen und gerade kommunale Aktivitäten im Klimaschutz sind essenziell, da viele wichtige Handlungsbereiche, wie Mobilität oder Wärmeversorgung, stark durch die Gemeinde beeinflusst werden können. Nicht zuletzt müssen viele der internationalen, nationalen

und kantonalen Rahmenbedingungen schliesslich auf Gemeindeebene in tatsächliche Projekte umgesetzt werden, die den lokalen Bedingungen und Bedürfnissen angepasst sind – eine kommunale Regelung hilft, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

- **...bringt nichts, denn sie spart selbst kein Gramm CO₂ ein:**

Es braucht selbstverständlich immer noch konkrete Ideen und Projekte, die eine Emissionsreduktion mit sich bringen. Die Initiative selbst ist keine konkrete Massnahme mit einer berechenbaren CO₂-Einsparung. Sie ändert jedoch komplett die Art, wie die Umsetzung solcher Massnahmen in der Gemeinde Thalwil vorangetrieben werden kann. Mit der Annahme der Initiative würde die Gemeinde zur Erreichung von Klimazielen verpflichtet werden und müsste sich dafür in einem Plan laufend Gedanken machen, durch welche Massnahmen diese Ziele erreicht werden können und wie und wann sie finanziert werden. Damit würde die Verbindlichkeit, Legitimation und finanziellen Mittel für politische Massnahmen stark erhöht und es darf davon ausgegangen werden, dass diverse und grosse Einsparungen daraus entstünden.

- **...ist politisch und ohne übergeordnete Rahmenbedingungen nicht realistisch:**

Klimaneutralität mit einem politischen Alleingang in Thalwil zu erreichen, wäre zwar weder klug noch effizient. Es wäre heute angesichts der übergeordneten Rahmenbedingungen auch immer noch ein ziemlich ehrgeiziges Ziel. Bis 2050 steht die Klimaneutralität aber im Einklang mit den Zielen, die der Bundesrat für die gesamte Schweiz formuliert hat. Die Rahmenbedingungen werden also immer noch besser – das lässt sich nicht nur in heutigen Entwicklungen beobachten (so zum Beispiel: Neues Energiegesetz des Kanton Zürich, Medienmitteilung 10. Mai 2020 oder Totalrevision des CO₂-Gesetzes in National- und Ständerat), das ist aufgrund der nationalen Ziele auch in Zukunft zu erwarten. Klimaneutralität ist bis 2050 darum auch in Thalwil erreichbar und frühzeitig zu planen.

- **...ist technisch nicht realistisch:**

Doch. Es muss zwar gut geprüft werden, welche Technologien in verschiedenen Bereichen für eine Emissionsreduktion Sinn machen und kosteneffizient sind. Technisch wäre es jedoch bereits mit heutigen Technologien problemlos möglich, die klimarelevanten Prozesse zu dekarbonisieren. Die Frage ist nicht ob, sondern wie Klimaneutralität in Thalwil erreicht werden kann.

- **...ist unnötig, da Klimaneutralität billiger durch CO₂-Kompensation erreichen kann:**

Nein. CO₂-Kompensation durch Erwerbung von Zertifikaten ist zwar eine mögliche ergänzende Massnahme und wird durch die Initiative auch nicht ausgeschlossen. Langfristig wird die CO₂-Kompensation an anderen Orten und der Kauf der Emissionsrechte jedoch aus zwei Gründen weder zielführend noch billiger sein: Einerseits bedingt eine klimaneutrale Welt eine krasse Verminderung von Emissionen – blosser Kompensation wird im grossen Stil darum gar nicht mehr möglich sein und die Emissionsquellen müssen vermehrt lokal vermieden werden. Zweitens haben fast alle Länder, wo heute noch billige CO₂-Zertifikate erworben werden können, selber ambitionöse Klimaziele formuliert. Sie werden also schon bald ein grosses Interesse haben, die Wirkung kostengünstiger Massnahmen zur CO₂-Vermeidung nicht mehr zum Spottpreis an die Schweiz zu verkaufen, sondern selber wahrzunehmen.

- **...bläst unsere Verwaltung weiter unnötig auf:**
Nein. Tatsächlich ist eine konsequente Umsetzung der Initiative zwar höchstwahrscheinlich mit Mehrausgaben für die Administration und die Umsetzung von Massnahmen verbunden. Angesichts der Wichtigkeit der Materie (s. Medienmitteilung GR, 11.02.20) und der jetzigen Stellenprozent (eine 100%-Stelle Energiebeauftragter) ist ein moderater Mehraufwand für die Administration und Erfolgskontrolle jedoch vertretbar. Was die Massnahmen anbelangt, ist sich die Wissenschaft überdies einig: In Energie- und Klimathemen braucht es wegen überdurchschnittlich vielen und starken Marktversagen, sowie stark irrationalen Verhaltens (leider) mehr Staatseingriffe als in den meisten anderen politischen Bereichen.

- **...fordert ein zu strenges Zwischenziel bis 2030 (strenger als Bund und Kanton):**
Die Thalwiler RPK hat es in der offiziellen Weisung zur Abstimmung vorgerechnet: Das geforderte Zwischenziel von 2.2t CO₂ pro Kopf bis 2030 sei gemessen an CO₂-eq (CO₂ zzgl. alle anderen Treibhausgase) rund 30% strenger ausgelegt als die Ziele von Bund und Kanton. Die Zweckmässigkeit dieses Vergleichs liesse sich grundsätzlich diskutieren, denn nicht nur erwartet Thalwil bis 2030 im nationalen Vergleich ein signifikant tieferes Bevölkerungswachstum, die Thalwiler Emissionen sonstiger Treibhausgase (exkl. CO₂) sind auch vergleichsweise klein und stammen unterdurchschnittlich aus Industrie und Landwirtschaft – Sektoren, die viel schwerer zu dekarbonisieren sind. Leider jedoch sind die Annahmen der RPK falsch, wie im Faktencheck auf unserer Website dargelegt.
Doch selbst wenn die Annahmen der RPK stimmen würden – auch ein um 30% strengeres Zwischenziel wäre wohl sinnvoll. Um das übereinstimmende Netto-Null-Ziel im Jahr 2050 schweizweit zu erreichen, muss bei den «low hanging fruit» vorwärts gemacht werden – also dort, wo man schnell und einfach die grössten Emissionsreduktionen erreicht. Die Emissionen in Thalwil stammen fast ausschliesslich aus Wärmebedarf und Leichtverkehr und somit aus den zwei Sektoren, wo wir mit bewährten Technologien und bestehenden Förderprogrammen aller Ebenen am einfachsten Emissionen reduzieren können. Regionen mit mehr Industrie oder Schwerverkehr werden es viel schwerer haben. Darum müssen Orte wie Thalwil Gas geben. Die Zeit, wo man die ganze Verantwortung den übergeordneten Verwaltungsebenen überlassen kann, ist vorbei. Dafür drängen die Herausforderungen des Klimawandels einfach zu stark.

- **...erbringt keinen Zusatznutzen zu den Massnahmen von Bund und Kanton:**
Völlig falsch. Übergeordnete Verwaltungsebenen mögen ihre eigenen Gesetze zum Klimaschutz verschärfen (so zum Beispiel: Neues Energiegesetz des Kanton Zürich, Medienmitteilung 10. Mai 2020). Die Planung unserer kommunalen Wärme- oder Verkehrsinfrastruktur nimmt uns jedoch weder der Bund noch der Kanton ab. Die übergeordneten Verwaltungsebenen mögen die Rahmenbedingungen für Klimaschutz setzen, aber die konkrete Umsetzung vieler Handlungsfelder muss auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden. Beispiele dafür sind die zukünftige Entwicklung unseres Gasnetzes, von Fernwärmeverbänden, Quartierwärmeversorgungen, Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge u.v.m. Die Initiative regt dies direkt an, indem sie Verbindlichkeit, Legitimation und finanzielle Mittel für politische Massnahmen erhöht. So kann es verglichen mit anderen Gemeinden sogar ein Vorteil sein, wenn sich Thalwil schon früh Gedanken macht, wie sie die Ziele von Bund und Kanton zu erreichen gedenkt. Der Zusatznutzen ist also nicht Null, sondern Klimaneutralität in unserer Gemeinde. So etwas nennt man nicht Pflasterlipolitik, sondern Subsidiarität.